

## A1 Grün denken, vor Ort handeln.

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 29.08.2023  
Tagesordnungspunkt: 6. Kommunalwahlprogramm

### Antragstext

#### 1 Einleitung

In den Städten, Gemeinden und Landkreisen wird Politik konkret gestaltet und erlebt. Hier begegnen uns die Herausforderungen ganz handfest, hier laufen Probleme auf und werden gelöst.

Im Angesicht des demografischen Wandels und den sich verändernden klimatischen Bedingungen sieht sich Sachsen-Anhalt vor Herausforderungen, die nur durch eine vorausschauende und ganzheitliche Kommunalpolitik bewältigt werden können. Dafür treten wir Bündnisgrüne in Sachsen-Anhalt zur Kommunalwahl 2024 an.

Mit diesem Rahmenprogramm zur Kommunalwahl legen wir einen umfassenden Plan vor, wie wir lebenswerte Städte und gesunde Gemeinden schaffen, die den Menschen in all ihren Lebensbereichen gerecht werden. Von der Bewältigung des demografischen Wandels über den Ausbau Erneuerbarer Energien bis hin zur Schaffung nachhaltiger Verkehrslösungen – unsere Vision ist es, Kommunen zu schaffen, die resistent gegen die klimatischen Veränderungen sind und gleichzeitig sozial gerecht, vielfältig und inklusiv sind. In ländlichen Räumen von Sachsen-Anhalt wird ein spürbarer Rückgang der Einwohner\*innenzahl bis 2035 erwartet. Dies hat Auswirkungen auf Bildung, Infrastruktur, soziale Dienste und Gemeinschaften. In diesem Programm werden gezielte Maßnahmen vorgestellt, um die ländlichen Räume zu beleben, junge Familien zu fördern, Fachkräfte anzuziehen und die Vielfalt der Gemeinschaften zu bewahren.

Gleichzeitig wird die Bedeutung des Klimaschutzes hervorgehoben, da zunehmende Hitze, Dürre und Starkregenereignisse schon jetzt real sind und eine zu lösende Herausforderung für unsere Gesellschaft sind. Die Förderung erneuerbarer Energien, klimaresiliente Stadtplanung und Maßnahmen zur Reduzierung von Umweltverschmutzung sind zentrale Elemente unseres Plans. Dabei ist Wohnen ein grundlegendes Bedürfnis jedes Menschen. Dieses Programm setzt sich für sozialen Wohnungsbau ein, der ökologisch ausgerichtet ist und den Bedürfnissen der Menschen jeden Alters gerecht wird. Dabei werden alternative Wohnformen unterstützt, um eine vielfältige und nachhaltige Wohnlandschaft zu schaffen. Kommunale Bildungslandschaften zu erhalten und stärken ist in Zeiten einer fatalen Bildungspolitik auf Landesebene eine Herausforderung. Ungeachtet dessen sind für uns Bündnisgrüne moderne, sanierte und möglichst wohnortnahe Bildungseinrichtungen der Garant für den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen.

Unser Programm strebt nach transparenten kommunalen Finanzen, die den Zielen der Nachhaltigen Entwicklung entsprechen. Wir sehen die hohe Bedeutung des sozialen Zusammenhalts und setzen uns für eine vielfältige Kulturpolitik ein, die Menschen zur aktiven Mitgestaltung ermutigt. Die kommenden Jahre bieten die Möglichkeit, eine positive Veränderung auf kommunaler Ebene herbeizuführen. Dieses Programm ist eine Blaupause für eine zukunftsorientierte, nachhaltige und

41 inklusive Kommunalentwicklung in Sachsen-Anhalt. Wir wollen gemeinsam mit allen  
42 Menschen die Weichen für eine lebenswerte und erfolgreiche Zukunft unserer  
43 Städte, Gemeinden und Dörfer stellen.

## 44 2 Kommunalentwicklung

### 45 2.1 Lebenswerte Städte & Kommunen – Lebendige und sichere 46 Orte

47 Die ländlichen Räume in Sachsen-Anhalt sind besonders betroffen vom  
48 demografischen Wandel, das bedeutet die ältere Generation verschwindet und es  
49 sind nicht mehr genügend junge Menschen da. Die 7. Regionalisierte  
50 Bevölkerungsprognose geht in Sachsen-Anhalt von einem Rückgang der Einwohnerzahl  
51 um 13 % bis 2035 aus. Das hat große Auswirkungen auf die verschiedensten  
52 Bereiche.

53 Wir wollen sicherstellen, dass die Investitionen in gute und moderne Schulen und  
54 Kindertagesstätten, auch vielen Kindern zugute kommen, und Fachpersonal  
55 verfügbar ist, um sie zu begleiten und zu lehren. Wir wollen sicherstellen, dass  
56 gute Straßen, Infrastruktur und öffentlicher Nahverkehr erhalten werden, weil  
57 Menschen da sind, die die Angebote nutzen.

58 Wir brauchen Fachkräfte, um unsere Wirtschaftskraft zu erhalten und wir brauchen  
59 Fachkräfte in den sozialen Bereichen, damit die Fachkräfte in der Wirtschaft  
60 ihre Angehörigen, egal ob jung oder alt, gut und sicher betreut wissen.

61 Wir stehen vor einem tiefgreifenden Wandel, der sich noch verstärken wird - wenn  
62 wir ihm nicht mit politischen Maßnahmen entgegenwirken. Wir wollen das. Deshalb  
63 wollen wir Zuwanderung - aus allen Bundesländern und auch aus dem Ausland. Wir  
64 wollen deshalb innerhalb der Kommunen eine Kultur fördern, in der alle Menschen,  
65 die schon da sind oder noch kommen werden, vorurteilsfrei willkommen sind. Damit  
66 ein gutes Ankommen möglich ist, wollen wir Freiwillige Feuerwehren und Vereine  
67 besonders fördern, die Neubürger\*innen aufnehmen und sie in ihrem Ankommen  
68 unterstützen. Die Alternative sind aussterbende Orte.

### 69 2.2 Lebenswerte Städte & Kommunen – Klimaresilienz und 70 Klimaanpassung

71 Alle wissenschaftlichen Studien prognostizieren für Sachsen-Anhalt eine Zunahme  
72 von Hitze- und Dürreperioden und eine Zunahme von lokalen Starkregenereignissen.  
73 Wir setzen uns für präventive Maßnahmen ein, um die Auswirkungen des  
74 Klimawandels abzumildern. Dazu gehören Maßnahmen, die in Städten und Dörfern  
75 Hitze abmildern können wie die Schaffung einer blau-grünen Infrastruktur durch  
76 Straßenbäume, Dach- und Fassadenbegrünung sowie Frei- und Wasserflächen. Der  
77 Schutz vor Starkregen und das Auffangen von Regenwasser durch modernes  
78 Wassermanagement nach dem Prinzip der „Schwammstadt“ ist dabei der leitende  
79 Gedanke und analog in den ländlichen Räumen "Schwammlandschaft". Dies beinhaltet  
80 insbesondere die Schaffung von Retentionsflächen, naturnahen  
81 Wasserrückhaltebecken und die Renaturierung von Gewässern zur Vorbeugung von  
82 Überschwemmungen und zur Unterstützung der Grundwasserneubildung, sowie die  
83 Renaturierung von Gewässern und Auenlandschaften und die Begrünung von

84 Freiflächen und landwirtschaftlichen Flächen mit Hecken und Bäumen (z.B.  
85 Agroforst), um ihre natürlichen Funktionen zu stärken.

86 Um Oberflächenwasser gezielt zurückzuhalten und Versickerungsmöglichkeiten zu  
87 schaffen, setzen wir uns für die Schaffung von Rückhaltebecken, die  
88 Renaturierung von Gewässern sowie für die Wiederbelebung von Dorfbrunnen ein.

89 Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Gewährleistung einer ausreichenden  
90 Löschwasserversorgung in den Kommunen. Das Ehrenamt der Freiwilligen Feuerwehren  
91 in den ländlichen Räumen kann gar nicht hoch genug gewürdigt werden. Deshalb ist  
92 es für uns eine Selbstverständlichkeit, dass ausreichend Löschwasser zur  
93 Verfügung steht. Gerade in ländlichen Räumen kann dies nicht immer über  
94 Hydranten erreicht werden. Zusätzliche Entnahmestellen aus Zisternen, Teichen  
95 oder anderen Behältern sind vielerorts notwendig. Wir setzen uns dafür ein, dass  
96 die Kommunen ihrer Pflichtaufgabe nachkommen und orientieren uns beim Bedarf am  
97 Arbeitsblatt W 405 des Deutschen Gas- und Wasserverbandes (DVGW).

98 Auch die Infrastruktur der Straße muss zukünftig anders gestaltet werden: Dort,  
99 wo es möglich und sinnvoll ist, sollen Tiefbeete oder Rigolen zur Straßen- und  
100 Gehwegentwässerung Hochborde zur Wasserabführung ersetzen.

101 Weil wir in Sachsen-Anhalt ein großes Wasserproblem haben, ist Oberflächenwasser  
102 gezielt zurückzuhalten und Versickerungsmöglichkeiten zu schaffen. Wir setzen  
103 uns für die Schaffung von naturnahen Rückhaltebecken und die Renaturierung von  
104 Gewässern ein. Insbesondere unterstützen wir Bestrebungen in der Landwirtschaft,  
105 auf ihren Flächen Wasserrückhaltebecken zur eigenen Nutzung für Bewässerung  
106 schwerpunktmäßig von Obst, Gemüse und Kartoffeln zu schaffen, sofern diese als  
107 naturnahe und nicht versiegelte Gewässer angelegt werden.

108 Die Vermüllung unserer Umwelt, Gewässer bis hin zu den Weltmeeren ist ein  
109 massives Problem. Hier heißt es global denken und lokal handeln. Die Stadt  
110 Tübingen hat mit einer kommunalen Einwegsteuer das Müllproblem massiv reduziert.  
111 Wir wollen diesen erfolgreichen Weg ebenfalls beschreiten.

### 112 2.3 Wohnungs(neu)bau – sozial, familienfreundlich und 113 ökologisch

114 Wir setzen uns im Bereich des Wohnungsbaus für eine soziale und ökologische  
115 Ausrichtung ein. Dabei geht für uns die Erhaltung und Wiederbelebung vorhandener  
116 und insbesondere der denkmalgeschützten Bausubstanz vor Neubau. Zusammen mit dem  
117 Denkmalschutz erarbeiten wir tragfähige Konzepte für die Wiederbelebung  
118 historischer Bausubstanz, insbesondere auch in den ländlichen Räumen. Unser Ziel  
119 ist es, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, der den Bedürfnissen der Menschen  
120 gerecht wird und zugleich klima- und umweltfreundlich ist.

121 Wir legen großen Wert auf ökologischen Wohnungsbau. Wir unterstützen den Einsatz  
122 erneuerbarer Energien wie Solarenergie und fördern energetische Sanierungen von  
123 Bestandsgebäuden. Zudem setzen wir uns für den Einsatz umweltfreundlicher  
124 Baumaterialien und eine nachhaltige Bauweise ein, um den ökologischen Fußabdruck  
125 unserer Wohngebäude zu minimieren.

126 Mit den kommunalen Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften soll auf die  
127 bedarfsorientierte Zusammenlegung von kleineren Wohnungen zu größeren,  
128 familienfreundlicheren Wohnungen hingewirkt werden. Sie sollen geeignete

129 barrierefreie und bezahlbare Wohnmöglichkeiten für Senior\*innen und Familien  
130 vorhalten und neu schaffen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden insbesondere darauf  
131 drängen, dass alle verfügbaren Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau  
132 abgerufen werden, dort wo ein Bedarf existiert und erkannt wurde. Eine Wohnung  
133 mit Stromversorgung und Heizung sind Grundlage für Teilhabe. Daher setzen wir  
134 uns dafür ein, dass Stromsperrern durch kommunale Versorgungsunternehmen nicht  
135 erfolgen.

136 Wir setzen uns für eine verbindliche 20%-Quotierung von barrierefreiem Wohnraum  
137 bei Neu- und Sanierungsbaumaßnahmen ein. Der Verkauf und die Vermietung von  
138 barrierefreiem Wohnraum soll über ein freiwilliges Poolsystem für Menschen mit  
139 akutem Bedarf gelenkt werden. Das erleichtert das Auffinden von verfügbaren  
140 barrierefreiem Wohnraum.

141 Wir möchten sicherstellen, dass Wohnungen für alle Menschen zugänglich und  
142 nutzbar sind, unabhängig von ihrer körperlichen Verfassung.

143

144 Wir möchten weiterhin sicherstellen, dass Wohnen für alle bezahlbar bleibt. Dazu  
145 setzen wir uns für die Bereitstellung von bezahlbaren Mietwohnungen sowie den  
146 Erhalt und die Modernisierung des sozialen Wohnungsbaus ein. Zu diesem Zweck  
147 sprechen wir uns auch für die Instrumente Erbbaurecht und Erbbaupacht aus.

## 148 2.4 Alternative Wohnformen

149 Wir erkennen an, dass die traditionellen Wohnmodelle nicht für jeden Menschen  
150 geeignet sind und dass es eine wachsende Nachfrage nach flexibleren und  
151 gemeinschaftlichen Wohnkonzepten gibt. Deshalb setzen wir uns für die  
152 Unterstützung und Entwicklung von alternativen Wohnformen ein.

153 Gemeinschaftliches Wohnen bietet die Möglichkeit, Wohnraum gemeinsam zu nutzen  
154 und ein aktives Miteinander zu gestalten. Dies umfasst beispielsweise  
155 Mehrgenerationenhäuser, in denen unterschiedliche Altersgruppen unter einem Dach  
156 leben und voneinander profitieren können. Ebenso fördern wir das Zusammenleben  
157 von Menschen mit ähnlichen Interessen oder Lebensstilen, wie beispielsweise  
158 Wohngemeinschaften oder gemeinschaftliche Wohnprojekte (sogenannte  
159 Hausprojekte).

160 Darüber hinaus setzen wir uns für alternative Wohnkonzepte wie Tiny Houses,  
161 Bauwägen und Modulhäuser ein. Diese bieten kostengünstigen und  
162 ressourcenschonenden Wohnraum, der flexibel an verschiedene Bedürfnisse und  
163 Lebenssituationen angepasst werden kann. Durch die Förderung solcher innovativen  
164 Wohnmodelle möchten wir alternative Wohnmöglichkeiten schaffen und legalisieren,  
165 die bezahlbar, nachhaltig und sozial verträglich sind.

166 Ein weiteres wichtiges Anliegen ist die Förderung von genossenschaftlichem  
167 Wohnen. Genossenschaften sowie städtische Wohnungsunternehmen ermöglichen den  
168 Bewohner\*innen eine aktive Teilhabe am Wohnprojekt und bieten langfristige  
169 Sicherheit sowie Mitbestimmungsmöglichkeiten. Wir unterstützen die Gründung und  
170 den Ausbau von genossenschaftlichen Wohnprojekten, um eine breite Vielfalt an  
171 Wohnmöglichkeiten zu schaffen.

172 Neben diesen genannten alternativen Wohnformen ist es uns ein Anliegen,  
173 bestehende Leerstände und Brachflächen zu nutzen und umzufunktionieren. Durch  
174 die Umnutzung von leerstehenden Gebäuden oder die Konversion von Industrie- und

175 Gewerbegebieten können wir wertvollen Wohnraum schaffen und gleichzeitig die  
176 Nachverdichtung bei gleichzeitiger ökologischer Aufwertung in bereits bebauten  
177 Gebieten reduzieren.

## 178 2.5 Soziale Quartiersplanung der Kommunen

179 Im Kontext der Raumplanung legen wir großen Wert auf soziale Aspekte. Unser Ziel  
180 ist es, lebenswerte und inklusive Gemeinden zu schaffen, in denen sich alle  
181 Menschen willkommen und wohlfühlen. Dabei berücksichtigen wir insbesondere die  
182 Bedürfnisse von benachteiligten Gruppen und setzen uns für soziale Gerechtigkeit  
183 ein.

184  
185 Bei der Planung neuer und Umgestaltung bestehender Wohngebiete achten wir auf  
186 eine ganzheitliche Quartiers- bzw. Bebauungsplanentwicklung sowie auf eine  
187 Bürger\*innenbeteiligung, die so viele Menschen wie möglich erreicht. Denn  
188 Raumplanung für eine gute Zukunft muss die Bedürfnisse aller Menschen  
189 berücksichtigen. Sie soll dazu führen, dass sich Menschen unterschiedlicher  
190 Generationen und Herkunft leichter begegnen können. Dazu gehört eine möglichst  
191 barrierefreie Planung von Geh- und Radwegen sowie Straßen und öffentliche  
192 Gebäude.

193  
194 Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Förderung von sozialen Initiativen und  
195 Vereinen. Wir unterstützen ehrenamtliches Engagement und setzen uns dafür ein,  
196 dass Bürger\*innen die Möglichkeit haben, aktiv am gesellschaftlichen Leben  
197 teilzunehmen und sich einzubringen. Dies stärkt den sozialen Zusammenhalt in  
198 unseren Gemeinden und fördert das Miteinander.

199  
200 Neben Wohnraum berücksichtigen wir die Schaffung von sozialen Infrastrukturen  
201 wie Kindergärten, Schulen, Nahversorgungsmöglichkeiten, Gesundheitseinrichtungen  
202 und Grünflächen.

203  
204 Darüber hinaus sollten neue Quartiere nur dort geschaffen werden, wo bereits  
205 oder in naher Zukunft Öffentlicher Verkehr eine klimaschonende Mobilität  
206 ermöglicht.

207 Wir setzen uns für die Förderung von sozialen Angeboten und Dienstleistungen  
208 ein. Wir möchten sicherstellen, dass unsere Gemeinden über eine vielfältige  
209 soziale Infrastruktur verfügen, die den Bedürfnissen der Bewohner\*innen gerecht  
210 wird. Dazu zählen unter anderem Angebote im Bereich der Kinderbetreuung, der  
211 Jugend- und Seniorenarbeit, der Integration von Migrant\*innen sowie der  
212 Unterstützung von benachteiligten Gruppen.

## 213 3 Klimaschutz

### 214 3.1 Flächen ausweisen – vom Bebauungsplan zur Regionalen 215 Planungsgemeinschaft

216 Um den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben, ist es wichtig, geeignete  
217 Flächen für deren Nutzung auszuweisen. Hierbei setzen wir uns für das Netto-0-  
218 Flächenziel ein, um Versiegelung und Landschaftsverbrauch zu minimieren.

219 Statt einer zersiedelten Bebauung streben wir eine gezielte Flächennutzung an,  
220 die den Anforderungen des Regionalen Entwicklungsplans (REP) entspricht. Durch  
221 eine konsequente Umsetzung des REP können wir Flächen für erneuerbare Energien  
222 ausweisen, ohne dabei wertvolle landwirtschaftliche oder natürliche Flächen  
223 unnötig zu beeinträchtigen. Dafür bieten sich auch besonders vertikale  
224 Photovoltaik-Anlagen an.

225 Wir wollen die Umwandlung von Flächen für den Bau von Photovoltaik-Anlagen,  
226 Windparks und anderen erneuerbaren Energieprojekten vorantreiben. Hierbei achten  
227 wir darauf, dass die Planung und Umsetzung im Einklang mit ökologischen und  
228 landschaftsplanerischen Aspekten steht. Naturschutzgebiete und ökologisch  
229 sensible Gebiete sollen dabei geschützt und nicht beeinträchtigt werden. Dafür  
230 sollten die Kommunen auch Solarkataster erstellen lassen.

231 Durch die große Wirtschaftlichkeit von Freiflächenphotovoltaik, zu der auch  
232 Agri-PV zählt, gibt es auch eine große Nachfrage nach Acker- und  
233 Grünlandflächen. Wir werden deshalb in den Gemeinden initiieren, dass dort  
234 gemeindliche PV-Konzepte mit Positiv- und Ausschlusskriterien für den Standort  
235 und projektbezogene Bedingungen erarbeitet und vorhabensbezogen als  
236 Voraussetzung für den B-Plan angewendet werden. Bei der Privilegierung von  
237 Freiflächenphotovoltaik setzen wir uns dafür ein, dass auch bei diesen Flächen  
238 die Gemeinde einen Einfluss auf die Gestaltung derartiger Anlagen hat und die  
239 Belange der Bewohner\*innen angrenzender Wohnbebauungen Beachtung finden.

240 Zudem setzen wir uns dafür ein, dass eine dezentrale Energieerzeugung gefördert  
241 wird. Durch die Ausweisung von Flächen für erneuerbare Energien in der Nähe von  
242 Siedlungsgebieten können kurze Transportwege und eine effiziente Nutzung der  
243 erzeugten Energie gewährleistet werden. Dies stärkt auch die regionale  
244 Wertschöpfung und schafft Arbeitsplätze vor Ort.

245 Wie befürworten deshalb Windparks, Freiflächen-Photovoltaikanlagen sowie Agri-  
246 Photovoltaikanlagen in den Kommunen Sachsen-Anhalts. Dabei sollten jedoch die  
247 Kommunen vor Ort finanziell beteiligt werden sowie hohe ökologische Standards  
248 gelten, die über die Eingriffs- und Ausgleichsflächen hinausgehen. Dafür sollten  
249 die Kommunen sowie die Regionalen Planungsgemeinschaften verstärkt geeignete  
250 Flächen in Verbindung mit verbindlichen Kriterien ausweisen.

251 Der Bund hat mit dem Klimaanpassungsgesetz eine Vorlage geleistet, auf deren  
252 Grundlage wir uns für eine kommunale Klimaanpassungsstrategie inkl.  
253 Hitzeschutzplan einsetzen. Dieser muss in der Stadtplanung konsequent  
254 berücksichtigt werden.

### 255 3.2 finanzielle Beteiligung der Kommunen an EE-Projekten

256 Die finanzielle Beteiligung der Kommunen an erneuerbaren Energieprojekten ist  
257 ein wesentlicher Aspekt, um den Ausbau nachhaltiger Energiequellen  
258 voranzutreiben. Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen die Möglichkeit  
259 erhalten, sich aktiv an solchen Projekten zu beteiligen und dadurch sowohl  
260 ökologische als auch ökonomische Vorteile zu erlangen. Insbesondere sorgen wir  
261 dafür, dass kommunale Energieunternehmen wie die Stadtwerke aktiv die  
262 Energiewende vor Ort vorantreiben, durch eigene Erzeugung regenerativer Energien  
263 sowie durch Beratungsangebote für die Bevölkerung. Wir sorgen dafür, dass die  
264 Stadtwerke in kommunaler Hand bleiben.

265 Durch finanzielle Beteiligungen können Kommunen direkte Mitbestimmung und  
266 Kontrolle über die Entwicklung und Umsetzung von erneuerbaren Energieprojekten  
267 erlangen. Dies ermöglicht es ihnen, die Energiewende auf lokaler Ebene  
268 mitzugestalten und die Nutzung erneuerbarer Energien in ihrer Gemeinde  
269 voranzutreiben. Dabei kann es sich beispielsweise um Investitionen in Solar-  
270 oder Windenergieanlagen handeln, bei denen die Kommunen selbst als  
271 Teilhaber\*innen auftreten.

272 Darüber hinaus ermöglicht die finanzielle Beteiligung der Kommunen an  
273 erneuerbaren Energieprojekten eine langfristige Einnahmequelle. Durch die  
274 Erzeugung und den Verkauf von sauberem Strom können die Kommunen ihre  
275 finanzielle Unabhängigkeit stärken und Mittel für weitere nachhaltige Projekte  
276 generieren. Dies eröffnet auch die Möglichkeit, die Gewinne in die Förderung von  
277 Energieeffizienzmaßnahmen, die Unterstützung von sozialen Projekten oder die  
278 Verbesserung der Infrastruktur zu investieren.

279 Auch Bürger\*innenstrom sollte stärker in den Fokus genommen werden. Durch die  
280 günstige Direktvermarktung an Anlieger\*innen können die Akzeptanz aber auch der  
281 günstige Strom- und Wärmebezug für die Bürger\*innen geschaffen werden.

282 Unser Ziel ist es, den Kommunen die finanzielle Beteiligung an erneuerbaren  
283 Energieprojekten zu erleichtern und sie dabei zu unterstützen, ihre  
284 Energiewendeziele zu erreichen. Wir möchten die Vorteile der erneuerbaren  
285 Energien in den Gemeinden stärken und gleichzeitig die finanzielle Stabilität  
286 und Nachhaltigkeit der Kommunen fördern. Durch eine enge Zusammenarbeit zwischen  
287 Kommunen, Energieversorgern und Bürger\*innen können wir eine erfolgreiche  
288 Energiewende auf lokaler Ebene erreichen.

289 Wir treiben die Wärmewende in den Kommunen aktiv voran. Vor allem in  
290 geschlossenen Denkmalbeständen wird der Fernwärmenutzung eine zentrale Bedeutung  
291 zukommen müssen. Wir unterstützen unsere Stadtwerke beim Ausbau entsprechender  
292 Fernwärmenetze. Die kommunale Wärmeplanung muss auch Möglichkeiten zur Nutzung  
293 oberer Grundwasserschichten zur Wärmeerzeugung mit den besonders effizienten  
294 Wasser-Wasser-Wärmepumpen in Betracht ziehen, hierfür die nötigen geologischen  
295 Informationen erarbeiten, öffentlich bereitstellen und Hauseigentümer\*innen  
296 entsprechende Beratungsangebote machen.

297 Wir setzen uns für Erleichterungen für Balkonkraftwerke (Steckersolargeräte)  
298 ein. Dazu gehört neben der Sensibilisierung der Vermieter\*innen ein kommunales  
299 Förderprogramm.

### 300 3.3 Flächenentsiegelung

301 Wir setzen uns dafür ein, die Flächenversiegelung zu reduzieren und den Prozess  
302 der Flächenentsiegelung voranzutreiben. Dies ist ein wichtiges Anliegen im  
303 Bereich des Klimaschutzes und der nachhaltigen Kommunenentwicklung.

304 Um die Flächenversiegelung zu reduzieren, fördern wir eine  
305 verantwortungsbewusste und vorausschauende Stadt- und Gemeindeplanung. Dabei  
306 liegt der Fokus auf einer nachhaltigen Nutzung bereits versiegelter Flächen und  
307 der Vermeidung von weiterer Versiegelung. Wir möchten Brachflächen  
308 revitalisieren und vorhandene versiegelte Flächen sinnvoll nutzen, um den  
309 Flächenverbrauch zu minimieren.

310 Gleichzeitig setzen wir uns für die Flächenentsiegelung ein, indem wir  
311 versiegelte Flächen zurückgewinnen und in natürliche oder durchlässige  
312 Oberflächen umwandeln. Dies trägt zur Verbesserung des Wasserhaushalts, zur  
313 Förderung der Biodiversität und zur Schaffung von Grünflächen bei. Dabei ist uns  
314 die enge Zusammenarbeit mit Bürger\*innen, lokalen Organisationen und  
315 Expert\*innen wichtig, um die Akzeptanz und Unterstützung für diese Maßnahmen zu  
316 gewährleisten.

## 317 4. Umweltschutz, Biodiversität, Landwirtschaft 318 und naturnaher Tourismus

### 319 4.1. Förderung der Biodiversität

320 Neben der Klimakrise bedroht vor allem der Rückgang der Biodiversität unsere  
321 Lebensgrundlagen. Gerade vor Ort, auf kommunaler Ebene, bestehen zahlreiche  
322 Möglichkeiten, die Biodiversität zu schützen und zu fördern.  
323 Die Pflege kommunaler Grünflächen, aber auch die Bewirtschaftung von  
324 Straßenbegleitflächen, ist auf biologische Vielfalt und den Insektenschutz  
325 auszurichten. Wir unterstützen nachdrücklich, dass sich unsere Kommunen dem  
326 Bündnis Kommunen für die biologische Vielfalt anschließen, dem bereits 367  
327 deutsche Städte, Gemeinden und Landkreise angehören, und in dem die dazu  
328 erforderlichen Erfahrungen und Kompetenzen ausgetauscht werden können.  
329 Wir wollen kommunale Wohnungsunternehmen unterstützen, ihre Grünflächen  
330 Mieter\*innen zur eigenen Gestaltung zu überlassen. Durch Mieter\*innengärten  
331 werden Umweltbildung und Eigeninitiative, Miteinander, Nachhaltigkeit und  
332 Erholung gefördert. Gleichzeitig bieten kleinteilige Gartenräume Rückzugsorte  
333 und Lebensräume für Insekten und Kleinlebewesen. Bei Teilflächen öffentlicher  
334 Flurstücke, die von Landwirtschaftsbetrieben unter den Pflug genommen wurden  
335 (z.B. an Wegrändern, Uferstreifen, etc.), setzen wir uns dafür ein, dass ehemals  
336 überpflügte Flurstücke Orte der Artenvielfalt werden und Kommunen dies aktiv  
337 angehen. Die zunehmende "Veräunung der Landstaft" stellt ein immer größer  
338 werdendes Problem für die freie und ungehinderte Durchquerung der Landschaft  
339 durch Wild dar. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunen sowohl die  
340 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, als auch die Errichter\*innen von Umzäunungen  
341 für die Bedürfnisse der Wildtiere sensibilisieren und eine Habitatvernetzung  
342 stärker berücksichtigen.

### 343 4.2. Öffentliche Flächen gemeinwohlorientiert bewirtschaften

344 Unbebaute Grundstücke in kommunalem Eigentum sollen grundsätzlich  
345 gemeinwohlorientierten, und vorrangig ökologischen Funktionen dienen. Bei  
346 Verpachtungen landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Flächen müssen  
347 strenge Vorgaben gelten. Wir setzen uns dafür ein, dass die im öffentlichen  
348 Eigentum befindlichen land- und forstwirtschaftlichen Flächen von den Kommunen  
349 nach Gemeinwohlkriterien verpachtet werden und sich an bereits bewährten  
350 Initiativen und deren Kriterien orientieren. Kriterien können z.B. sein: der  
351 Aufbau von Feldgehölzen mit hihem Wert für die Artenvielfalt (z.B. Streuobst,  
352 Wildrosen), Blühstreifen, vielgliedrige Fruchtfolgen von mindestens 5  
353 Fruchtfolgegliedern und der Verzicht auf chemisch-synthetische  
354 Pflanzenschutzmittel. Bei kommunalen forstwirtschaftlichen Flächen wollen wir



355 den Aufbau von Laubmischwäldern mit Obst- und Wildobstbäumen und einem Anteil  
356 von mindestens 10% unbewirtschafteter Fläche. Wir setzen uns dafür ein, dass  
357 diese Vorgaben bei Neuverpachtungen und bei der Verlängerung auslaufender  
358 Pachtverträge umgesetzt werden und die Möglichkeit bei allen kommunalen  
359 Verpachtungen entsprechende Beratungsangebote in Anspruch zu  
360 nehmen, kommuniziert und unterstützt werden. Gemeinwohlorientierte Nutzungen  
361 durch lokale Vereine wie Streuobstvereine, urban Gardening und solidarische  
362 Landwirtschaft müssen grundsätzlich Vorrang haben. Einen Verkauf öffentlicher  
363 kommunaler Flächen werden wir nicht unterstützen.

#### 364 4.3. Naturnaher Tourismus

365 Wir wollen naturnahen Tourismus und Umweltbildung fördern. Wir setzen uns ein  
366 für einen flächendeckenden naturverträglichen Tourismus, an dem alle Orte Anteil  
367 haben, beispielsweise durch den Ausbau von Weitwander- oder Radwegen und Loipen,  
368 anstelle sogenannter „Leuchtturmprojekte“, die vor allem den Massentourismus  
369 ansprechen sollen.

#### 370 4.4. Stärkung des kommunalen Umwelt- und Tierschutzes

371 Die Einhaltung von Natur- und Tierschutzgesetzen ist eines unserer Kernanliegen  
372 und wir unterstützen die Natur- und Tierschutzverbände bei ihrem Streiten dafür.  
373 Verstöße gegen Naturschutzgesetze, wie etwa das Roden von Streuobstbeständen,  
374 Entfernen von Wildheckenstrukturen, müssen durch die zuständigen Kreisbehörden  
375 konsequent verfolgt werden. In den letzten Jahren haben Berichte über  
376 tierquälerische Haltungsbedingungen in einigen nutztierhaltenden Betrieben  
377 schockiert. Wir fordern vollumfängliche intensive und, wie vorgeschrieben,  
378 unangekündigte veterinärmedizinische tierschutzrechtliche Kontrollen durch die  
379 zuständigen Veterinärbehörden. Der Tierschutz muss unbedingt eingehalten werden,  
380 auch um solche Landwirtinnen und Landwirte, die gut und fair Lebensmittel  
381 produzieren vor dem Imageschaden durch schwarze Schafe zu bewahren. Die  
382 kommunalen Aufsichtsbehörden müssen dazu finanziell gestärkt und mit ausreichend  
383 Personal ausgestattet werden. Dafür fordern wir, dass die Kommunen befähigt  
384 werden kostendeckende Gebühren zu erheben. Festsetzung und Umsetzung von  
385 ökologischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen müssen vollständig im  
386 Kompensationsverzeichnis verzeichnet und im Internet öffentlich transparent  
387 gemacht zugänglich gemacht werden. Die Kommunen sollen dazu ihrer Pflicht  
388 nachkommen, die erforderlichen Daten der zuständigen Landesbehörden regelmäßig  
389 und zeitnah zu übermitteln. 4.5 Ernährungswende Wir setzen uns dafür ein, dass die  
390 Kreise, Gemeinden und Städte bevorzugt in der Gemeinschaftsverpflegung (z.B.  
391 Kitas und Schulmensen, Senioreneinrichtungen) und bei öffentlichen  
392 Veranstaltungen vermehrt Gerichte und Lebensmittel aus klimaangepassten Pflanzen  
393 (z.B. Buchweizen, Linsen und Kichererbsen) und anderen regional und saisonal  
394 erzeugte Lebensmittel auf den Teller bringen.

395  
396 Darüber hinaus setzen wir uns für das Konzept der „Essbaren Städte“ ein.

---

## 397 4 Mobilität

### 398 4.1 Öffentlicher Personennahverkehr

399 Ein zentraler Bestandteil unserer Verkehrspolitik ist die Weiterentwicklung des  
400 Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Sachsen-Anhalt. Wir sind uns bewusst,  
401 dass es Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Räumen gibt und setzen  
402 uns dafür ein, diese Disparitäten zu überwinden und ein gut ausgebautes und  
403 attraktives öffentliches Verkehrsnetz in allen Regionen zu schaffen.

404 In den ländlichen Räumen möchten wir den ÖPNV so gestalten, dass er den  
405 Bedürfnissen der Menschen gerecht wird. Das bedeutet eine Stundentaktung der  
406 Bus- und Bahnverbindungen, um eine zuverlässige und regelmäßige Anbindung an die  
407 umliegenden Gemeinden und Städte zu gewährleisten. Wir setzen uns für flexible  
408 Konzepte sowie Konzepte nach Nachfrage (On-Demand) wie Rufbusse und Bürgerbusse  
409 ein, um auch abgelegene Gebiete anzubinden und Mobilität für alle Bürger\*innen  
410 sicherzustellen. Zudem möchten wir innovative Lösungen wie Elektrobusse,  
411 autonome Kleinbusse und alternative Antriebstechnologien fördern, um die  
412 ländlichen Räume umweltfreundlicher zu gestalten. Ebenso braucht es abgestimmte  
413 Takte mit den Bahnverbindungen sowie auch landkreis- und  
414 bundeslandübergreifenden Verbindungen.

415 In städtischen Gebieten legen wir besonderen Wert auf ein gut ausgebautes und  
416 attraktives öffentliches Verkehrsnetz. Dazu gehört eine hohe Taktung der Bus-  
417 und Bahnverbindungen, um kurze Wartezeiten und eine effiziente Mobilität zu  
418 gewährleisten. Wir möchten den Einsatz von emissionsarmen und barrierefreien  
419 Fahrzeugen vorantreiben, um die Luftqualität zu verbessern und allen Menschen  
420 eine uneingeschränkte Nutzung des ÖPNV zu ermöglichen. Zudem wollen wir die  
421 Infrastruktur des ÖPNV ausbauen, indem wir neue Haltestellen, Linien und  
422 Verbindungen schaffen, den Ausbau von Fahrradabstellplätzen an den Haltestellen  
423 fördern und moderne digitale Informations- und Ticketing-Systeme einführen. Dazu  
424 gehört auch, sozial verträgliche Ticket- und Abopreise ernsthaft zu diskutieren  
425 und umzusetzen.

426 Dafür braucht es auch geeignete und attraktive Schnittstellen zwischen ÖPNV und  
427 Schienenpersonennahverkehr (SPNV). Es müssen die regionalen und lokalen Busse im  
428 integralen Taktfahrplan mit den entsprechenden Eisenbahnen abgestimmt werden.  
429 Öffentlicher Personennahverkehr sollte deutlich mehr als Schüler\*innenverkehr  
430 sein.

431 Darüber hinaus ist es uns ein Anliegen, den ÖPNV mit anderen Verkehrsmitteln wie  
432 dem Fahrrad, dem E-Scooter oder dem Carsharing zu vernetzen. Die Mitnahme von  
433 Fahrrädern, Kinderwagen und Rollstühlen soll in allen öffentlichen  
434 Verkehrsmitteln gewährleistet sein. An Umstiegspunkten braucht es Verleih- und -  
435 parksysteme, die direkt an den Haltestellen vorangetrieben werden. Dadurch  
436 sollen umweltfreundliche Mobilitätsalternativen gefördert und der Umstieg auf  
437 den ÖPNV erleichtert werden.

438 Unser Ziel ist es, den ÖPNV in Sachsen-Anhalt zu einem attraktiven,  
439 zuverlässigen, sicheren und umweltfreundlichen Verkehrssystem auszubauen, das  
440 den Bedürfnissen der Menschen in ländlichen und städtischen Räumen gleichermaßen  
441 gerecht wird. Wir möchten eine nachhaltige Mobilität fördern, die die

442 Verkehrsdichte reduziert, die Umwelt schützt und allen Bürger\*innen eine  
443 komfortable und erschwingliche Fortbewegung ermöglicht.

444 Die Finanzierung des ÖPNV insgesamt muss zukünftig anders gestaltet werden. Das  
445 Deutschlandticket aber auch die Herausforderungen in den ländlichen Räumen  
446 verlangen eine Anpassung der Finanzierungsstruktur. Die Gemeinden brauchen mehr  
447 Geld für ihren regionalen ÖPNV vom Kreis und Land. Um die fachliche Kompetenz in  
448 den Kommunen in Bezug auf den ÖPNV zu steigern, braucht es  
449 Mobilitätsmanager\*innen in den Kreisen. Sie sollen den Umweltverbund - also das  
450 Zufußgehen, das Radfahren und die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs -  
451 voranbringen. Sie sollen Fördermittel akquirieren und die Zuständigkeit für  
452 Kommunale Radverkehrspläne sowie Fußwegepläne verantworten. Als vermittelnde  
453 Kompetenzschnittstelle sollen sie zudem zwischen Aufgabenträger, NASA und  
454 Landespolitik vermitteln, sowie die interkommunale Abstimmung von  
455 Mobilitätsangeboten vorantreiben.

## 456 4.2 Radverkehr

457 Unsere Idee für eine bessere Verkehrssituation in den Städten und Gemeinden ist  
458 es, mehr und bessere Wege für Fahrradfahrer\*innen zu schaffen. Das bedeutet,  
459 dass wir sichere und gut ausgebaute Radwege brauchen, die zwischen den  
460 verschiedenen Orten verbunden sind. Diese Radwege sollen so gestaltet sein, dass  
461 sie für alle Menschen leicht zugänglich und angenehm zu befahren sind.

462 Wir möchten uns dafür einsetzen, dass die Radwege regelmäßig gepflegt und  
463 instandgehalten werden. So können wir sicherstellen, dass sie immer in einem  
464 guten Zustand sind und keine Gefahr für Fahrradfahrer\*innen darstellen. Dazu  
465 gehört auch, dass im Winter der Schnee geräumt wird, um die Sicherheit zu  
466 gewährleisten.

467 Außerdem möchten wir die Anzahl der Radwege erhöhen. Das bedeutet, dass wir neue  
468 Radwege an wichtigen Straßen, in Wohngebieten, Gewerbegebieten und touristischen  
469 Gebieten bauen möchten. So wird es einfacher und sicherer, mit dem Fahrrad zu  
470 fahren, egal wo man hinmöchte. Dafür braucht es auch mehr Fachpersonal, wie  
471 Fachplaner\*innen oder Rad- bzw. Mobilitätsbeauftragte, in den entsprechenden  
472 Verwaltungseinheiten.

473 Wir wollen die positiven Seiten des Fahrradfahrens hervorheben und allen  
474 Menschen zeigen, dass es viele Vorteile hat. Zum Beispiel ist es gut für die  
475 Gesundheit, hilft dabei, die Umwelt zu schützen und entlastet den Verkehr. Wir  
476 möchten, dass Fahrradfahren als eine attraktive und umweltfreundliche  
477 Möglichkeit der Fortbewegung gesehen wird. Dafür sollen die Kommunen auch enger  
478 mit der Verkehrswacht, dem ADFC, der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher  
479 Kommunen sowie der Aktion Stadtradeln zusammenarbeiten.

480 Um der Besonderheit in ländlichen Räumen Rechnung zu tragen, wo Mobilität häufig  
481 nur über PKW sichergestellt werden kann, setzen wir uns für die Schaffung von  
482 Park & Ride-Parkplätzen – in Kombination mit Ladesäulen für E-Fahrräder und -PKW  
483 an Bahnhöfen ein. Dafür braucht es mehr Förderprogramme, insbesondere für die  
484 ländlichen Räume und mit niedrigen Eigenanteilquoten.

---

## 485 4.3 Fußverkehr und Barrierefreiheit

486 Wir setzen uns für eine fußgängerfreundliche Gestaltung unserer Städte und  
487 Gemeinden sowie die Förderung der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ein. Der  
488 Fußverkehr spielt eine zentrale Rolle für eine nachhaltige und lebenswerte  
489 Mobilität. Daher ist es unser Ziel, die Bedingungen für Fußgänger\*innen zu  
490 verbessern.

491 Wir möchten Maßnahmen ergreifen, um das Sicherheitsgefühl der Menschen zu  
492 stärken und das Unfallrisiko für Fußgänger\*innen zu reduzieren. Dazu gehören  
493 beispielsweise die Ausweitung verkehrsberuhigter Bereiche mit  
494 Schrittgeschwindigkeit, die Einrichtung von Fußgängerüberwegen an gefährlichen  
495 Straßenabschnitten, die Verbesserung der Sichtbarkeit durch ausreichende aber  
496 effiziente und dimmbare, sensorengesteuerte Beleuchtung, die Umgestaltung von  
497 Kreuzungen und Einmündungen sowie die Trennung von Fuß- und Radwegen, um  
498 Konfliktsituationen zu minimieren.

499 Darüber hinaus ist es uns ein Anliegen, die Erreichbarkeit von Orten für alle  
500 Menschen zu gewährleisten. Wir setzen uns für eine barrierefreie Gestaltung des  
501 öffentlichen Raums ein, die es Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen und  
502 jungen Familien ermöglicht, sich uneingeschränkt und selbstständig in der Stadt  
503 zu bewegen. Dazu gehört der Abbau von Hindernissen wie Treppenstufen, unebenen  
504 Gehwegen, nicht-barrierefreien Haltestellen und Bahnhöfen sowie engen  
505 Durchgängen. Wir möchten den Ausbau von barrierefreien Rampen, Aufzügen und  
506 taktilen Leitsystemen vorantreiben, um allen Menschen eine barrierefreie  
507 Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen.

508 Auch die Bereitstellung von ausreichenden und gemütlichen Sitzgelegenheiten,  
509 schattenspendenden Bäumen und öffentlichen Toiletten, bei denen barrierefreie  
510 Anlagen die Norm anstatt die Ausnahme sind, ist uns ein Anliegen, um den Komfort  
511 und die Aufenthaltsqualität für Fußgänger\*innen zu verbessern. Zudem setzen wir  
512 uns für eine ansprechende Gestaltung des Fußwegenetzes ein, um den Fußverkehr zu  
513 fördern und attraktiv zu gestalten. Dazu gehören breite Gehwege, ansprechende  
514 Gestaltungselemente wie Bepflanzungen und Kunstwerke sowie eine gute  
515 Beschilderung, um die Orientierung zu erleichtern.

516 Wir möchten sicherstellen, dass alle Menschen, unabhängig von ihrem Alter, ihrer  
517 Mobilität oder ihrer körperlichen Verfassung, sich sicher und bequem zu Fuß  
518 bewegen können. Eine barrierefreie und zugängliche Stadt ist nicht nur ein  
519 Gewinn für die Lebensqualität, sondern auch ein Ausdruck von sozialer  
520 Gerechtigkeit und Chancengleichheit.

## 521 4.4 Motorisierter Individualverkehr

522 Eine zentrale Herausforderung im Bereich Verkehr ist der motorisierte  
523 Individualverkehr. Wir sind uns bewusst, dass das Auto für viele Menschen ein  
524 wichtiges Fortbewegungsmittel ist, aber gleichzeitig wollen wir eine ökologisch  
525 nachhaltige Verkehrsentwicklung fördern und den Einsatz von umweltfreundlichen  
526 Alternativen unterstützen.

527 Um den Umstieg auf klimafreundlichere Mobilitätsformen zu erleichtern, setzen  
528 wir uns für den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge ein. Wir  
529 wollen sicherstellen, dass es ausreichend Ladestationen in unseren Städten und

530 Gemeinden gibt, um eine flächendeckende Versorgung zu gewährleisten. Dadurch  
531 möchten wir Anreize schaffen, auf elektrisch betriebene Fahrzeuge umzusteigen  
532 und somit den CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Verkehrssektor zu reduzieren.

533 Darüber hinaus setzen wir uns für eine verstärkte Förderung des Carsharings – in  
534 Stadt und Land ein. Carsharing ermöglicht es mehreren Personen, sich ein  
535 Fahrzeug zu teilen, ein z. B. Elektrofahrzeug auszuprobieren und reduziert die  
536 Anzahl der benötigten Autos auf den Straßen und in den Quartieren. Wir möchten  
537 den Ausbau von Car-Sharing- und Dorfauto Initiativen insbesondere in ländlichen  
538 Räumen und auf Basis von Elektrofahrzeugen vorantreiben und die  
539 Rahmenbedingungen für eine effiziente und nachhaltige Nutzung von geteilten  
540 Fahrzeugen verbessern – dazu gehört auch eine flächendeckende Ladeinfrastruktur.

541 sowie die Umwidmung weiterer Parkplätze für das Carsharing.

542 Wir wollen die Verkehrssicherheit in unseren Kommunen verbessern und den  
543 Verkehrsfluss optimieren. Deshalb sollten sich alle Kommunen in Sachsen-Anhalt  
544 der Initiative Lebenswerte Städte anschließen. Die Initiative setzt sich  
545 gegenüber dem Bund dafür ein, dass die Kommunen selbst darüber entscheiden  
546 dürfen, wann und wo welche Geschwindigkeiten angeordnet werden – zielgerichtet,  
547 flexibel und ortsbezogen. Der Schritt in mehr Bereiche mit Tempo 30 sowie  
548 verkehrsberuhigte Bereiche sollte stärker vorangetrieben werden.

## 549 5 Bildung

### 550 5.1 Gebäudestrukturen

551 Ein besonderer Fokus liegt auf der Gestaltung und Modernisierung der  
552 Gebäudestrukturen in unseren Bildungseinrichtungen. Wir möchten sichere, moderne  
553 und inspirierende Lernumgebungen schaffen, die den Anforderungen einer  
554 zeitgemäßen Bildung gerecht werden.

555 Unser Ziel ist es, die Infrastruktur unserer Schulen, Kindergärten und anderen  
556 Bildungseinrichtungen kontinuierlich zu verbessern. Dazu gehört die Sanierung  
557 von Schul- und Kitagebäuden, um optimale Lernbedingungen zu schaffen. Wir  
558 fordern die Erhaltung der Schule, insbesondere der Grundschule auch in  
559 ländlichen Räumen vor Ort. Wir setzen uns für eine kindgerechte Gestaltung der  
560 Räumlichkeiten ein, die den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen entspricht  
561 und Raum für kreatives Denken und Lernen bietet. Liegenschaften im Eigentum der  
562 öffentlichen Hand müssen Vorbildfunktion bezüglich Energieeffizienz, der Nutzung  
563 regenerativer Energien und umweltgerechter Materialien haben. Dies gilt  
564 insbesondere für Schulen und Kindertagesstätten, die von ihren kommunalen  
565 Trägern so ausgestattet werden sollen, dass dort Ernährungs- und Umweltbildung  
566 stattfinden kann, etwa mit Schulküchen und -gärten.

567 In ländlichen Räumen setzen wir uns für die Umwandlung kommunaler Dorfimmobilien  
568 in Multifunktionshäuser ein, die als Begegnungsstätte von Jung und Alt, aber  
569 auch Raum für mobile Dienstleistungen, wie z.B. Physiotherapie, Fußpflege,  
570 Friseur und Telemedizin bieten sollen.

571

### 572 5.2 Schulsozialarbeit

573

574 Schulsozialarbeit leistet einen entscheidenden Beitrag zu Schulerfolg.  
575 Schulsozialarbeiter:innen gestalten den Lern- und Lebensort Schule, unterstützen  
576 bei kleinen Sorgen und großen Problemen, sind Ansprechpartner:innen für Kinder,  
577 Eltern und Lehrkräfte. Auf Landesebene setzen wir uns für ein dauerhaft  
578 finanziertes Landesprogramm ein, das an jeder Schule den Einsatz mindestens  
579 einer Schulsozialarbeiter:in ermöglicht. Unsere Kommunen sollen diesen Einsatz  
580 nicht nur finanziell mittragen, sondern auch steuern und an den besonderen  
581 Bedarfen vor Ort ausrichten. Dabei ist uns besonders wichtig, dass  
582 Schulsozialarbeit nicht die offene Kinder- und Jugendarbeit ersetzt und deshalb  
583 auch nicht gegen Einrichtungen wie Jugendclubs oder Kinderangebote aufgerechnet  
584 werden darf. Wir sind uns der finanziellen Herausforderung für die Kommunen  
585 bewusst und setzen uns deshalb im Land für eine auskömmliche Finanzausstattung  
586 und Notfallhilfen ein.

### 587 5.3 Digitalisierung

588 Ein wichtiger Aspekt ist auch die digitale Ausstattung der  
589 Bildungseinrichtungen. Wir möchten sicherstellen, dass alle Schulen über eine  
590 moderne IT-Infrastruktur verfügen, um digitale Lernformate und Medienkompetenz  
591 zu fördern. Dazu gehören schnelles Internet, schulweites WLAN,  
592 Computerarbeitsplätze und interaktive Whiteboards. Wir möchten den Einsatz  
593 digitaler Medien sinnvoll in den Unterricht integrieren und gleichzeitig  
594 sicherstellen, dass Datenschutz und Privatsphäre gewahrt bleiben.

### 595 5.4 Inklusion

596 Gute Bildung schafft Chancen für alle Kinder. Gute Bildung ist inklusiv. Wir  
597 wollen die viel zu lange bestehende exklusive Bildungslandschaft in Sachsen-  
598 Anhalt überwinden. Alle Kinder sollen die Möglichkeit haben, an Regelschulen zu  
599 lernen. Dafür müssen Schulen auch physisch Barrieren abbauen. Dazu gehören  
600 bauliche Maßnahmen wie barrierefreie Zugänge und Aufzüge, breite Türen und  
601 Beleuchtungskonzepte ebenso, wie die Berücksichtigung von inklusiven  
602 Lernkonzepten, das Vorhalten besonderer Materialien, Multiprofessionelle Teams an  
603 unseren Schulen und die Stärkung der Förderkompetenzen bei unseren Lehrkräften.  
604 Unser Ziel ist es, Bildungseinrichtungen zu schaffen, die Raum für kreatives  
605 Denken, Lernen und soziale Interaktion bieten. Wir möchten optimale Bedingungen  
606 schaffen, damit alle Schüler\*innen ihr volles Potenzial entfalten können.

## 607 6. Kommunale Finanzen

608 Ein wichtiger Aspekt unserer kommunalen Politik betrifft die Finanzen unserer  
609 Städte und Gemeinden. Wir setzen uns dafür ein, transparente und partizipative  
610 Finanzstrukturen zu etablieren, die eine gerechte Verteilung der finanziellen  
611 Ressourcen gewährleisten und die Bedürfnisse der Bürger\*innen berücksichtigen.  
612

613 Ein Instrument, das wir zur Stärkung der Bürgerbeteiligung einsetzen wollen, ist  
614 der Bürger\*innenhaushalt. Hierbei sollen die Bürger\*innen direkt in den  
615 Entscheidungsprozess über die Verwendung der kommunalen Finanzen einbezogen  
616 werden. Durch partizipative Budgetverfahren können sie mitbestimmen, welche  
617 Projekte und Maßnahmen Vorrang haben sollen und wie die finanziellen Mittel am

618 besten eingesetzt werden können.

619

620 Ein weiterer Schwerpunkt ist das Gender Budgeting. Wir möchten sicherstellen,  
621 dass geschlechtsspezifische Aspekte in den kommunalen Haushaltsplanungen  
622 berücksichtigt werden. Durch eine geschlechtergerechte Finanzpolitik wollen wir  
623 gleiche Chancen und Teilhabe für alle Bürger\*innen fördern und bestehende  
624 Geschlechterungleichheiten abbauen.

625

626 Die Förderung der kommunalen Wirtschaft und Wirtschaftsförderung ist ein  
627 weiterer Schwerpunkt. Wir setzen uns für eine nachhaltige und  
628 zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik ein, die lokale Unternehmen stärkt und  
629 neue Arbeitsplätze schafft. Dabei ist uns die Zusammenarbeit mit den Stadt- und  
630 Kreissparkassen als starke Partner in der Region besonders wichtig. Wir möchten  
631 eine enge Verbindung zwischen der lokalen Wirtschaft und dem Finanzsektor  
632 fördern, um die Wirtschaftsentwicklung vor Ort zu unterstützen. Wer regional  
633 investiert, stärkt auch die finanziellen Spielräume für unsere Kommunen, bspw.  
634 über die Gewerbesteuererinnahmen.

635

636 Die Tourismusförderung spielt ebenfalls eine bedeutende Rolle in unseren  
637 kommunalen Finanzstrategien. Wir möchten unsere Städte und Gemeinden als  
638 attraktive Reiseziele positionieren und den Tourismus nachhaltig und  
639 verantwortungsbewusst fördern. Dabei ist es uns wichtig, die lokale  
640 Wertschöpfung zu stärken und die touristischen Angebote im Einklang mit  
641 ökologischen und sozialen Kriterien zu gestalten.

642

643 Wir setzen uns dafür ein, dass öffentliche  
644 Gelder nicht in Unternehmen investiert werden, die negative Auswirkungen auf  
645 Umwelt und Gesellschaft haben. Stattdessen möchten wir Investitionen in  
646 nachhaltige Projekte und Unternehmen fördern, die soziale Verantwortung  
647 übernehmen und einen positiven Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten. Auch  
648 ökonomisch ist der Verzicht auf Investitionen in fossile Energien konsequent zu  
649 verfolgen. Schon heute wirken Fonds ohne veraltete fossile Geschäftsmodelle  
650 besser und mittelfristig wird das fossile Geschäftsmodell implodieren.

651

652 Die Kommunen stehen in der Verantwortung, u.a. EU-Fördermittel zur  
653 Mitfinanzierung eigener Projektideen zu generieren. Wir fordern daher die  
654 Landkreise und kreisfreien Städte auf, Fachstellen zur  
655 Unterstützung von europäischen Förderanträgen einzuberufen. Diese Fachstellen  
656 refinanzieren sich binnen kurzer Zeiträume, da sie Unternehmen, Verbänden und  
657 kommunalen Einrichtungen zu einem erfolgreichen Antrag von Fördermitteln helfen,  
658 ebendiese wurden in der Vergangenheit nicht genügend in Sachsen-Anhalt  
659 abgerufen.

## 660 **7. Soziale Kommunen als Basis für Gerechtigkeit** 661 **vor Ort**

662 Sozial gerechte und nachhaltige Kommunalpolitik erreicht und unterstützt alle  
663 Bürger\*innen in der Kommune. Das gilt besonders für diejenigen in persönlichen,  
664 sozialen, finanziellen und/oder gesundheitlichen Notlagen. Wir sind uns der  
665 finanziellen Herausforderung für unsere Kommunen bewusst, diese Pflichtaufgabe

666 zu stemmen, aber sie ist ein Kernstück unserer sozialen Gesellschaft.  
667 Solidarität und öffentliche Verantwortung müssen besonders den Vulnerablen der  
668 Gesellschaft gelten, deshalb erfüllt uns das überall beobachtbare Abschmelzen  
669 dieser Pflichtaufgaben innerhalb des vorhandenen Ermessensspielraums mit Sorgen.  
670 Dies gilt vor allem mit Blick auf Schuldner\*innen, Sucht- und  
671 Gesundheitsberatungen und viele Teile der Jugendhilfe. Wir Bündnisgrüne sehen  
672 diese Leistungen als gesellschaftliche und kommunale Pflichtaufgaben und räumen  
673 ihnen entsprechende Priorität ein.

674  
675 Angebote der Kinder- und Jugendhilfe werden vielerorts als freiwillige Aufgaben  
676 benannt. Wir betonen, dass es sich dabei um Pflichtaufgaben unserer Kommunen  
677 handelt. Offene Angebote für Kinder und Jugendliche sind nicht nur als  
678 Freizeitangebote relevant. Sie schaffen sozialen Ausgleich, eröffnen Chancen,  
679 ermöglichen Selbstwirksamkeit und gestaltbare Freiräume. Diese Angebote sind  
680 wichtiger Kitt der Gesellschaft und sorgen nachhaltig für lebenswerte Kommunen  
681 für alle Generationen. Für uns Bündnisgrüne haben sie mindestens den gleichen  
682 Stellenwert, wie Straßenbau und Infrastruktur. Dabei geht es nicht nur um das  
683 Beibehalten bestehender Angebote, sondern auch um dauerhafte und belastbare  
684 Partnerschaften mit freien Trägern und eine progressive Jugendhilfeplanung in  
685 unseren Kommunen.

686 Wie alle Menschen in Sachsen-Anhalt besorgt uns die immer schwieriger werdende  
687 Gesundheitsversorgung in Sachsen-Anhalt. Kommunen und Kreise sollen in  
688 regionalen Gesundheitskonferenzen Lösungen finden, um die bedarfsgerechte  
689 Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Das kann und wird zukünftig nicht immer  
690 mit niedergelassenen Är:innen funktionieren. Mit einer neuen gesetzlichen  
691 Rahmenbedingungen auf Bundesebene bietet sich eine größere Flexibilität, um auch  
692 sektorenübergreifende Strukturen zu entwickeln. Wo Kliniken vor Ort sind, erst  
693 Recht solche in kommunaler Trägerschaft, können und sollen diese, zum Beispiel  
694 über MVZs oder integrierte Notfallpraxen eingebunden werden. Aber auch kommunale  
695 Gesundheitszentren, Gemeindeprixen mit rotierenden Sprechstunden,  
696 Pflegeambulanzen oder interprofessionelle Polikliniken können vor Ort gute  
697 Versorgung organisieren.

698 Wir setzen auf Pflege im Quartier und nehmen die Kommunen in die Pflicht, Wohn-  
699 und Betreuungsformen zu erproben und zu gestalten, die Menschen jeden Alters ein  
700 gemeinsames Leben in den Kommunen erlaubt.

701 Die Budgetierung der kommunalen Leistungen im Sozialbereich, die nicht selten zu  
702 einer Unterversorgung führt, muss abgebaut werden. Gleichzeitig müssen  
703 Angebotsstrukturen, da wo es möglich ist, auch über kommunale Wirkungskreise  
704 hinaus interkommunal vernetzt werden.

705 Öffentliche Freizeitangebote müssen im Sinne der Teilhabestärkung für alle  
706 erreichbar und nutzbar sein.

707 Gesundheitliches Wohlbefinden schließt ebenfalls den Teilbereich sexueller  
708 Gesundheit ein. Nach wie vor ist bei vielen Menschen das Unwissen über HIV/AIDS  
709 und andere sexuell übertragbare Infektionen, die Tabuisierung des Sprechens über  
710 Sexualität sowie die Stigmatisierung normabweichender sexueller Lebensweisen  
711 ausgeprägt. Hier gilt es mit einer lebensweltakzeptierenden Präventionsarbeit  
712 anzusetzen. Selbsthilfeinstitutionen und -projekte müssen finanziell gefördert  
713 und abgesichert werden. Hier gilt es die Arbeit der Beratungsstellen in den



714 größeren Kommunen, auch mit Angeboten für die breite Fläche des Landes zu  
715 verknüpfen.

716 Für uns ist Zuwanderung ein wesentlicher Erfolgsfaktor für Sachsen-Anhalt. Wir  
717 setzen daher auf die Integration von Migrant\*innen vor Ort. Die gelebte und  
718 vielfältige Willkommenskultur der letzten Jahre hat gezeigt, dass die Kommunen  
719 dabei in vielen freiwilligen Initiativen starke Partner haben. Diese Initiativen  
720 brauchen Unterstützung und Wertschätzung für ihre Arbeit, aber auch  
721 hauptamtliche Unterstützung inner- und außerhalb kommunaler Verwaltungen.  
722 Spracherwerb und die Chancen einer funktionierenden Nachbarschaft sind die  
723 Schlüssel zum Ankommen in unserer Gesellschaft sind. Sprach- und  
724 Integrationskurse müssen in ausreichender Zahl angeboten werden und so gestaltet  
725 sein, dass sie insbesondere für Menschen, die Angehörige pflegen oder Kinder  
726 betreuen, erreichbar sind. Gemeinsame Begegnungsorte sind dabei von besonderer  
727 Bedeutung, nicht nur für die Integration, sondern auch für den grundsätzlichen  
728 Zusammenhalt in Stadt und Land.

## 729 **8. Kommunen in Bewegung bringen –** 730 **Sportlandschaft fördern**

731 Die Zivilgesellschaft und wesentliche Freizeitangebote werden durch Sportvereine  
732 getragen. Sie leisten eine wichtige Arbeit für den Zusammenhalt der  
733 Gesellschaft. Auch Sportvereine sollen Orte sein, an denen Inklusion und  
734 Integration gelebt wird und gesellschaftlicher Zusammenhalt wirksam sein kann.  
735 Dafür braucht es entsprechende Förderung und Unterstützung der Vereine, die sich  
736 auch innerhalb ihrer Strukturen für Diversität und Vielfaltsförderung einsetzen.  
737 Ein breites Angebot an barrierefrei erreichbaren und kostenlos nutzbaren  
738 Sportmöglichkeiten und Bewegungsorten im öffentlichen Raum bietet eine attraktive  
739 Freizeitgestaltung und macht Gemeinden und Städte lebenswert.

740 Wir erleben im ganzen Land einen schleichenden Verfall öffentlicher  
741 Sportanlagen, in Teilen bis zur Schließung. Dieser Trend muss aufgehalten  
742 werden. Das werden Kommunen nicht alleine schaffen, können dabei aber  
743 unterstützen.

744 Der Vereinssport muss in der Perspektive der Kommunen mehr Aufmerksamkeit  
745 erhalten. Die Netzwerkarbeit mit Kitas und Schulen muss ausgebaut werden,  
746 insbesondere wenn der volle Kalender an Ganztagschulen ohnehin einschränkend  
747 für die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen wirkt.

748 Sport findet nicht nur in Vereinsstrukturen, sondern auch im öffentlichen Raum  
749 statt. Ganz egal ob im Dorf oder in der Stadt, überall ist der Bedarf an  
750 öffentlich zugänglichem Raum für die individuelle sportliche Betätigung  
751 gewachsen. Sportanlagen müssen zunehmend geöffnet werden und  
752 generationsübergreifende Outdoor-Fitnessanlagen oder Leihsportgeräte eine  
753 stärkere Rolle in den Kommunen spielen.

---

## 754 9. Kulturelle Vielfalt vor Ort erhalten und 755 fördern – Europa in den Kommunen stärken

756 Sachsen-Anhalt hat eine ausgeprägte Kulturlandschaft, die wir bewahren und  
757 fördern wollen. Kultureinrichtungen leisten eine essentielle Arbeit in diesem  
758 Land. Sie sind Orte der Bildung, Begegnung, Persönlichkeitsbildung und  
759 Selbstreflexion - sie können auch als Spiegel der Gesellschaft betrachtet  
760 werden, die sich künstlerisch  
761 mit den Entwicklungen unserer Gellschaft auseinandersetzt. Kultur ist dabei so  
762 vielfältig wie auch die Gesellschaft, aus der sie hervortritt. Diese  
763 verschiedenen Formen der Kultur gilt es dabei gleichberechtigt zu erhalten und  
764 fördern. Dazu gehören neben den Theatern und Museen auch Konzerte, Bibliotheken,  
765 Denkmäler, lokale Geschichte, Vereine und eine Clubkultur. Dazu gehören aber  
766 auch Freiräume, drinnen und draußen, wo Menschen Bildende Kunst ausprobieren und  
767 ihre Stile & Techniken entwickeln können.

768 Kultur lebt von Teilhabe, die wir allen ermöglichen wollen und müssen. Kultur  
769 muss dabei auch sozial verträglich gestaltet werden, sodass alle Menschen,  
770 unabhängig ihrer Sozialisation oder finanziellen Möglichkeiten, die Chance haben  
771 an ihr teilzunehmen. Ticketpreise müssen so gestaltet werden, dass sie für alle  
772 Bürger\*innen erschwinglich sind. Dabei kann eine bessere Verfügbarkeit von  
773 Restkarten eine Rolle spielen. Die gestalterische Teilnahme an Kunst und Kultur  
774 soll genauso gefördert werden und Hemmnisse abgebaut werden, die die Teilhabe  
775 erschweren.

776 Verschiedene Räume haben unterschiedliche Bedürfnisse. Kultur ist nicht nur in  
777 den Großstädten Sachsen-Anhalts erlebbar, sondern auch in ländlichen Räumen. Wir  
778 setzen uns deshalb für bedarfsgerechte Angebote in ländlichen Räumen und in den  
779 Städten ein. Diese müssen gleichberechtigt gefördert werden. Uns ist bewusst,  
780 dass vor allem in ländlichen Räumen private Initiativen und Vereine die große  
781 Vielfalt des kulturellen Programms stützen.

782 Besonders in ländlichen Räumen wollen wir dabei kulturelle Veranstaltungen  
783 fördern, die privat organisiert werden. Die Förderung des ÖPNV spielt eine  
784 wichtige Rolle, um Kultur für alle, insbesondere alte, junge und Menschen mit  
785 Behinderung dabei auf ein gut ausgebautes Netz angewiesen, um sich selbstständig  
786 im Land bewegen zu können. Auch können innovative Projekte wie  
787 Bürger\*innendialoge oder Erzählcafés Teil einer ausgeprägten Kulturlandschaft  
788 sein.

789 Wir wollen kulturelle Instituionen vor Ort erhalten. Wir fordern, dass es keine  
790 Schließungen von Kultureinrichtungen in Sachsen-Anhalt gibt. Die bereits  
791 bestehenden sollen dabei weiterhin gefördert werden und ausgebaut werden. Kultur  
792 ist ein hohes Gut, das nicht zu gering gewertschätzt werden kann. Die  
793 Kultureinrichtungen müssen niedrigschwellig für alle Bürger\*innen erreichbar und  
794 zugänglich sein. Wir unterstützen dabei alle Formen der kulturellen Beteiligung,  
795 die das Miteinander und die demokratische Kultur fördern.

796 10. In der Mitte Europas – Europa in den Kommunen stärken  
797 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN denken wir die Kommunal- und Europapolitik zusammen.  
798 Mit der Kommunalwahl finden auch die Wahlen zum Europäischen Parlament statt.  
799 Wir möchten unsere Städtepartnerschaften, die Frieden und Verständigung auf dem  
800 Kontinent fördern, ausbauen und verstetigen. Wir möchten das europäische

801 Bewusstsein der Bevölkerung stärken und ihm Raum geben. Unsere Städte und  
802 Gemeinden schaffen dies auch mit aktiver Teilnahme an Europäischen Themenwochen  
803 wie zum Beispiel der Mobilitätswoche. Kommunale Azubis sollen die Möglichkeit  
804 erhalten, an Erasmus+-Programmen teilzunehmen. Dies steigert die Attraktivität  
805 der Ausbildungsberufe und die internationale Kompetenz unserer zukünftigen  
806 Fachkräfte.